



Bearbeitet von: Herrn Martin
Durchwahl: 0511 3030-2173
Mein Zeichen: II/740 - 0103 - 01/10
(Einl-056-Si-KI-Erweiterung)
E-Mail: bjoern.martin@lt.niedersachsen.de*

22. November 2021

56. Sitzung
des Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten
und Regionale Entwicklung
Donnerstag, den 25. November 2021, 14.00 Uhr

Hannover, Landtagsgebäude
Hannah-Arendt-Platz 1

- Leibniz-Saal -

Hinweis: Die Vorsitzende lässt mitteilen, dass die Möglichkeit eingeräumt wird, an der Ausschusssitzung mittels Videokonferenztechnik teilzunehmen (§ 97 a GO LT).

Mein Schnellbrief vom 18. November 2021 - Az. w. o. -

Die Vorsitzende des Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten und Regionale Entwicklung teilt mit, dass die Tagesordnung der o. a. Sitzung um einen neuen **Tagesordnungspunkt 1** erweitert wird und nun folgende Fassung erhält:

Tagesordnung:

- 1. Beschlussfassung über den Antrag auf Unterrichtung durch die Landesregierung zum Thema „Erasmus+“**

- Hinweis: -

Hinweis:

/ Die Fraktionen von SPD und CDU haben mit E-Mail vom 22. November 2021 um Unterrichtung dazu gebeten. Zur Erläuterung ist die Unterrichtungsbitte als Anlage beigefügt.

2. **Unterrichtung durch die Landesregierung zum Thema „Versorgungszentren“**

Hinweis:

Der Ausschuss bat in seiner Sitzung am 30. September 2021 um Unterrichtung durch die Landesregierung.

3. **[Keine schmutzigen Deals bei Sustainable-Finance-Regeln - Atomkraft und fossiles Gas von EU-Nachhaltigkeitslabel ausschließen](#)**

[Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 18/9389](#)

- Erste Beratung: 111. Sitzung am 10.06.2021
- federführend: AfUEBuK; mitberatend gem. § 28 Abs. 4 i. V. m. § 39 Abs. 3 Satz 1 GO LT: AfBuEuR

hier: Durchführung der Mitberatung

Hinweis:

Der federführende Ausschuss für Umwelt, Energie, Bauen und Klimaschutz hat in seiner Sitzung am 6. September 2021 dazu eine Unterrichtung durch die Landesregierung zur Kenntnis genommen. Er bat die Landesregierung um eine ergänzende schriftliche Unterrichtung im Hinblick auf Erdgas und zu der Frage, inwieweit niedersächsische Unternehmen von den Sustainable-Finance-Regeln betroffen sind. Ferner bat er den Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten und Regionale Entwicklung um Stellungnahme zu den ihn betreffenden Aspekten der o.a. Drucksache.

Die erbetene ergänzende schriftliche Unterrichtung wird als Vorlage zur Drucksache verteilt werden.

4. **EU-Angelegenheiten**

a) **[Unterrichtung durch die Landesregierung zu den BR-Drucksachen zum „Fit für 55“-Gesetzespaket](#)**

- [BR-Drs. 702/21](#) - Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Einrichtung eines Klima-Sozialfonds; COM (2021) 568 final
- BR-Drs. 706/21 - Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates zur Energieeffizienz (Neufassung); COM (2021) 558 final

- **BR-Drs. 707/21:** -

- BR-Drs. 707/21 - Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates zur Änderung der Richtlinie 2003/87/EG über ein System für den Handel mit Treibhausgasemissionszertifikaten in der Union, und des Beschlusses (EU) 2015/1814 über die Einrichtung und Anwendung einer Marktstabilitätsreserve für das System für den Handel mit Treibhausgasemissionszertifikaten in der Union und der Verordnung (EU) 2015/757; COM (2021) 551 final (zum EU-Emissionshandelssystem [EU-ETS])
- BR-Drs. 710/21 - Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Änderung der Verordnung (EU) 2018/842 zur Festlegung verbindlicher nationaler Jahresziele für die Reduzierung der Treibhausgasemissionen im Zeitraum 2021 bis 2030 als Beitrag zu Klimaschutzmaßnahmen zwecks Erfüllung der Verpflichtungen aus dem Übereinkommen von Paris; COM (2021) 555 final (zur Lastenteilungs-Verordnung)
- BR-Drs. 712/21 - Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates zur Änderung der Richtlinie (EU) 2018/2001 des Europäischen Parlaments und des Rates, der Verordnung (EU) 2018/1999 des Europäischen Parlaments und des Rates und der Richtlinie 98/70/EG des Europäischen Parlaments und des Rates im Hinblick auf die Förderung von Energie aus erneuerbaren Quellen und zur Aufhebung der Richtlinie (EU) 2015/652 des Rates; COM (2021) 557 final
- BR-Drs. 714/21 - Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Schaffung eines CO₂-Grenzausgleichssystems; COM (2021) 564 final (zur CO₂-Grenzausgleichsabgabe [CBAM])

Hinweis:

Der Ausschuss bat in seiner Sitzung am 30. September 2021 um Unterrichtung durch die Landesregierung.

b) [Unterrichtung durch die Landesregierung zu](#)

[BR-Drs. 739/21](#) - Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Verhinderung der Nutzung des Finanzsystems für Zwecke der Geldwäsche oder der Terrorismusfinanzierung; COM(2021) 420 final

und

BR-Drs. 740/21 - Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates über die von den Mitgliedstaaten einzurichtenden Mechanismen zur Verhinderung der Nutzung des Finanzsystems zum Zwecke der Geldwäsche und der Terrorismusfinanzierung und zur Aufhebung der Richtlinie (EU) 2015/849; COM(2021) 423 final

Hinweis:

Die Fraktionen von SPD und CDU baten mit E-Mail vom 9. November 2021 um Unterrichtung durch die Landesregierung.

5. **Berichte über Frühwarndokumente**
6. **Rückblick auf die Videokonferenz mit den Delegierten der niederländischen Nordprovinzen Groningen, Friesland, Drenthe und Overijssel im Rahmen der 55. Sitzung des Ausschusses am 28. Oktober 2021 und Ausblick auf künftige entsprechende bilaterale Aktivitäten**
7. **Terminangelegenheiten**

Eingeladen werden:

Mitglieder des Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten und Regionale Entwicklung

Abg. Herr Miesner – als Vorsitzender des federführenden Ausschusses für Umwelt, Energie, Bauen und Klimaschutz zu TOP 3

Kenntnis erhalten:

Präsidentin des Landtages
Fraktionen
Staatskanzlei und sämtliche Ministerien
Präsidentin des Landesrechnungshofs

Im Auftrag

Martin